

Erschienen in: Disput, Mitgliederzeitung DIE LINKE, Ausgabe April 2011

DIE LINKE im Stresstest

Ist sie nach mehreren Wahlniederlagen eine lernfähige Organisation, die sich unter veränderten Bedingungen behaupten kann?

Von Horst Kahrs

Erstmals in ihrer jungen Geschichte muss unsere Partei mehrere Wahlniederlagen verarbeiten: Im Südwesten der Republik scheiterten wir deutlich am Einzug in die Landesparlamente. In Sachsen-Anhalt reichte es nicht, stärkste Partei zu werden, den Ministerpräsidenten zu stellen und an der Landesregierung beteiligt zu sein. Auch bei den Kommunalwahlen in Hessen schafften wir keine fünf vor dem Komma. Zuvor gab es bereits Stimmenverluste bei Landtagswahlen in Berlin, Sachsen und Brandenburg.

Misserfolge gehören zu demokratischen Abstimmungen wie Erfolge. Ebenso normal ist es, dass jede Erfolgswelle einmal ihr Ende findet und sich Katerstimmung breit macht. Dramatisch wird es erst, wenn Niederlagen nicht »gelesen« und nicht in den politischen Erfahrungsschatz der Partei hineingearbeitet werden. DIE LINKE steht seit ihrem größten Erfolg, den Bundestagswahlen 2009, vor ihrer größten Herausforderung: Ist sie eine lernfähige Organisation, die sich unter veränderten Bedingungen behaupten kann? Ist sie unter diesen Bedingungen in der Lage, mit ihrer politischen und sozialen Pluralität politisch konstruktiv umzugehen? Was ist das Versprechen von 2005, eine neue linke Partei zu gründen, die aus den Fehlern und falschen Kontroversen des vergangenen Jahrhunderts gelernt hat, im politischen Stresstest wert?

Die jüngsten Wahlergebnisse nötigen die Partei zur (1) Analyse und Bewertung der seit 2009 veränderten bundespolitischen Verhältnisse, der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen durch die große Wirtschafts- und Finanzkrise; (2) Bilanz der bisherigen Wahlergebnisse, der Zusammensetzung der Wähler- und Anhängerschaft und ihrer Erwartungen; (3) Auswertung des inneren Zustandes, der (demografischen) Entwicklung der Mitgliedschaft, der strukturellen organisatorischen Schwächen und der sozialen Verankerung der Partei. Nicht weil alles im Argen liegt, sondern weil es besser werden muss, um die nächsten Aufgaben wieder erfolgreicher zu meistern. Dieser Beitrag befasst sich mit Erkenntnissen über unsere heterogene Wählerschaft.

Die neue LINKE in Deutschland ist entstanden als eine breite Sammlungsbewegung gegen den neoliberal inspirierten Regierungskurs von Schröder und Fischer. Mitgliedschaft und Anhängerschaft sind sozial und politisch heterogen. Sie entwickeln unterschiedliche Erwartungen an die Partei und ihre Politik. Die anhaltenden Wahlerfolge 2005 bis 2009 enthalten aber eine zentrale Botschaft an die neue Partei: kein Rückfall in die alten Zeiten von Ost und West, von PDS und WASG oder in die Gedankenwelt der »Westausdehnung«.

Eine bunte Mischung

Die Wählerschaft stammt aus vielen sozialen Schichten. Darüber gibt es »objektive« soziostrukturelle Daten, darüber gibt es Umfragen, in denen sich die Wähler selbst einstufen. Auf der gesellschaftlichen »Oben-Unten«-Skala ordneten sich 25 bis 30 Prozent unserer Bundestagswählerschaft 2009 »Unten« ein, rund die Hälfte in der gesellschaftlichen »Mitte« und ein knappes Viertel »Oben«. Gefragt nach ihrer Selbsteinstufung auf der politischen »Links-Rechts«-Skala sahen sich 60 Prozent unserer Wählerschaft politisch »Links«, ein knappes Drittel verortete sich politisch in der »Mitte« und ein Zehntel »Rechts«. (siehe hierzu die Tabellen im Anhang)

Alle genannten Zahlen sind nicht streng repräsentativ, gleichwohl im Kern typisch, für Großstädte im Westen mehr, für manche Regionen im Osten weniger: Die Mehrheit der linken Wählerinnen und Wähler sieht sich in der sozialen Mitte, knapp zwei Drittel sehen sich links. Mit einer politisch-strategischen Orientierung allein und vornehmlich auf Erwerbslose und (prekäre) Niedrig-Entlohnte wäre kaum dauerhaft ein Parlamentseinzug möglich. Umgekehrt drohte ohne sie die Partei überflüssig zu werden.

Der Vielschichtigkeit der Wählerschaft muss die Partei in ihrem gesamten Erscheinungsbild Rechnung tragen: in der Mitgliedschaft, unter den Funktionsträgern, in der politischen Programmatik, Symbolik und Praxis. Wo dies dauerhaft nicht der Fall ist, droht der Kontakt zu den entsprechenden sozialen Schichten flüchtig zu bleiben oder gar verloren zu gehen. Die Wählerbindung (»Konsolidierung«) gehört zu den zentralen Aufgaben unserer gegenwärtigen Entwicklungsetappe. Der Anteil der Wieder- bzw. Stammwähler betrug aktuell in Hamburg 49 Prozent, in Sachsen-Anhalt 62 Prozent, in Rheinland-Pfalz 43 Prozent und in Baden-Württemberg 37 Prozent. Wichtig hierbei ist, die politische Klammer deutlich zu machen, die die Partei ihrer heterogenen Wählerschaft anbietet: Die Partei steht entschieden auf der Seite der Rechte der »abhängigen Arbeit« gegen Unternehmer und Kapital. Sie stellt dabei die Interessen von Erwerbslosen und niedrigentlohnenden Prekären, mehrheitlich meist Frauen, nicht zugunsten einer »Kernarbeiterschaft« hinten an, um wie SPD und Grüne in ihrer Politik die Hierarchisierung sozialer Interessen und Positionen entlang ihrer Stellung im Kapitalverwertungsprozess politisch zu verdoppeln. Ein zentraler Bezugspunkt solch politisch-praktisch werdender Klassensolidarität sind die öffentlichen Einrichtungen, die Verteidigung gemeinschaftlicher Lösungen gegen die private Selektion entlang der Kaufmacht des Geldes.

Mit diesem strategischen Kompass kann DIE LINKE für unterschiedliche soziale Schichten wählbar bleiben: soziale Gerechtigkeit, Solidarität, kollektive und kooperative Lösungen. Wenn es gelingt, immer wieder politische Konfrontationslinien entlang solcher Themen zu eröffnen, die die eigene Anhängerschaft zusammenführen und nicht entlang ihrer unterschiedlichen politischen und sozialen Selbsteinstufung auseinandertreiben, können auch die unterschiedlichen Einstellungen in der eigenen Wählerschaft zu Fragen wie Atomkraft, Einwanderung, Innere Sicherheit neutralisiert werden.

Eine widersprüchliche Beziehung

Das Verhältnis der linken Anhängerschaft zum politischen System ist ebenfalls nicht homogen. Im Gegenteil, es erwachsen aus den Unterschieden zum Teil widersprüchliche Anforderungen an das strategische Agieren der Partei.

Die erste und größte Herausforderung liegt darin, dass unsere Wählerschaft die Wahlen gewichtet: Bundestagswahlen sind wichtig, mit deutlichem Abstand folgen Landtagswahlen, am Ende stehen Kommunal- und Europawahlen. Diese Gewichtung hat etwas mit der öffentlichen Aufmerksamkeit zu tun, die den jeweiligen Ebenen zuteilwird, und sie hat etwas mit den Erwartungen in die Folgen dieser Wahlen für die eigene Lebenslage zu tun. Grundsätzlich gibt es Nichtwähler in allen sozialen Schichten und unter Anhängern aller Parteien. Aber in den vergangenen zehn Jahren bekam der Anstieg der Wahlabsistenz einen erkennbaren sozialen Klassencharakter: Vor allem die »sozial Schwachen« blieben verstärkt den Wahlurnen fern. Für linke Politik erwächst daraus ein tief greifendes Problem: Wie können Mehrheiten für eine sozial gerechte Politik auf kommunaler Ebene, auf Landesebene, grundsätzlich zustande kommen, wenn die, für die vor allem sich etwas verbessern soll, gar nicht mehr wählen gehen? Der Hamburger Volksentscheid zur Schulreform ist dafür prototypisch.

Zunächst aber müssen wir feststellen, dass im Osten wie im Westen aus diesen Gründen unsere Stimmenanteile bei Bundestagswahlen immer höher sind als bei Landtagswahlen, weil wir unsere Anhänger unterdurchschnittlich mobilisieren können. Bei der aktuellen Landtagswahl in Baden-Württemberg betrug die Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen 91,3 Prozent derjenigen der Bundestagswahl. Die Stimmenzahl für DIE LINKE machte aber nur 35,8 Prozent der damaligen Stimmen aus. In Rheinland-Pfalz waren es nur 29,3 Prozent, in Sachsen-Anhalt 62,5 Prozent. In beiden Ländern sank die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen aber nur auf maximal 82,9 Prozent. Im Westen ist jede Landtagswahl immer wieder eine »Schicksalswahl«.

Welche Probleme solche Wahlkämpfe aufwerfen, wird deutlich, wenn man die unterschiedliche Stellung zu Parteien und zum politischen System betrachtet. Es zeigen sich drei Gruppen:

1. die politisch-inhaltlichen Wähler/innen: Sie entscheiden sich für eine Partei aufgrund politischer und programmatischer Inhalte und identifizieren sich mit der Partei über einen längeren Zeitraum (Wieder- und Stammwähler);

2. die politisch-taktischen Wähler/innen: Sie haben für ihre Entscheidung vor allem taktische Gründe (Denkzettel, erwartete Konstellationen usw.). Für sie verändert sich der taktische Wert der LINKEN von Wahl zu Wahl;
3. die politisch enttäuschten Wähler/innen: Sie kommen von anderen Parteien und liegen mit der Politik, dem politischen System, der politischen Klasse grundsätzlich über Kreuz. DIE LINKE zu wählen, ist für sie der (oftmals letzte) Versuch, im politischen System repräsentiert zu sein.

Bei der letzten Bundestagswahl waren die drei Gruppen annähernd gleich groß. Bei Landtagswahlen schmilzt die dritte Gruppe grundsätzlich. Hinzu kommt nun (Hamburg) Enttäuschung darüber, dass sich auch durch die Wahl der LINKEN keine Verbesserungen ergeben haben, und dass kein Sinn darin gesehen wird, uns nochmals zu wählen.

In Baden-Württemberg gingen vor allem die taktischen Wähler/innen zu den Grünen. Sie wollten, dass der Wechsel von Mappus zu Kretschmann und für systemimmanente Reformen nicht an zum Beispiel 4,8 Prozent für DIE LINKE scheitern. Was in Hessen und Nordrhein-Westfalen noch wirkte – dass mit uns ein Politikwechsel erst möglich würde –, zog in Baden-Württemberg nicht mehr.

Wie kann die Partei für ihre Wählerschaft in einem überschaubaren Zeitrahmen überhaupt etwas erreichen, damit die Wahlentscheidung einen »Mehrwert« bringt? Welchen Platz hat die Partei bei einem Regierungs- und Politikwechsel weg von Schwarz-Gelb? Unsere bisherigen Antworten, das zeigen die vergangenen Landtagswahlen, reichen zukünftig wohl nicht mehr aus. Um politisch glaubwürdig zu bleiben, brauchen wir als Bundespartei eine erweiterte »Durchsetzungsstrategie«. Glaubwürdigkeit und Bindung in der Wählerschaft gehen verloren, wenn Wahlversprechen offensichtlich verraten werden – aber auch, wenn es bei leeren Versprechungen und grundsätzlichen Forderungen bleibt und der Eindruck des Maulheldentums entsteht. Durchsetzungsstrategien haben nicht notwendig etwas mit Regierungsbeteiligungen zu tun, aber mit der Erfahrung, dass LINKE auch »etwas für uns regeln« können.

Und auch die dritte Gruppe in der Wählerschaft stellt Anforderungen. Sie versammelt sich nicht auf Dauer hinter konkreten Kampagnen-Forderungen (Mindestlohn, Hartz IV, Rente mit 67), sie verlangt für dauerhafte Identifikation mehr. Dabei geht es vordergründig weder um »breiter« angelegte Themen noch um eine »schärfere« Profilierung. Um politisch zu handeln, schreibt Chantal Mouffe, erwarten die Menschen mehr als Interessenvertretung, sie müssen »sich mit einer kollektiven Identität identifizieren können, die ihnen eine aufwertende Vorstellung ihrer selbst anbietet. Der politische Diskurs muss außer Programmen auch Identitäten anbieten, die der Erfahrung der Menschen einen Sinn verleihen und die ihnen Hoffnung für die Zukunft geben.« Solche kollektiven Identitäten mit programmatischer und strategischer Qualität können auch Brücken zwischen den verschiedenen Wählergruppen schlagen.

»Außenseiter«- bzw. »kleine« Partei oder Volkspartei?

Auf dem Höhepunkt unseres Erfolges 2009 hatten wir ein Wählerpotenzial von knapp über 20 Prozent, das heißt etwa ein Fünftel der Wahlbevölkerung konnte sich vorstellen, uns zu wählen. Gegenwärtig liegt das Wählerpotenzial mit 17 Prozent niedriger. In Sachsen-Anhalt konnte eine Mehrheit sich nicht vorstellen, von einem LINKEN regiert zu werden. Die Frage einer Koalition mit uns spaltet die Anhängerschaft des potenziellen Partners.

Als Gesamtpartei haben wir die Wahl, eine Politik zu verfolgen, die darauf ausgerichtet ist, das vorhandene Wählerpotenzial jeweils optimal auszuschöpfen. Dann würden wir bundesweit Bestsergebnisse von 13 bis 15 Prozent erreichen können. In Koalitionen blieben wir immer der kleinere Partner. Alternativ könnten wir versuchen, bundesweit das Wählerpotenzial und damit die Akzeptanz bei den Anhängern anderer Parteien auszuweiten, um höherer Stimmenanteile zu erzielen und in Koalitionen auch als stärkerer Partner akzeptiert zu werden, eine Aussicht in Ostdeutschland und im Saarland. Dieser Weg zur »Volkspartei« ist aus nachvollziehbaren Gründen in den meisten westlichen Ländern keine strategische Alternative, weil dann der »Außenseiterstatus« verloren ginge (»Anders als die anderen«), der uns für viele erst wählbar macht. Umgekehrt blockiert die strategische Entscheidung für die »Außenseiter«-Strategie andere Landesverbände, weil eben die Mehrheit »Außenseitern« nicht das Land überlassen will, einer 20 bis 30 Prozent-Daueropposition

aber die Wählerbasis wegschmilzt. Beide Wege haben gute Argumente für sich und eben nichts mit »Realitätsverweigerung« oder »Aufweichtum« zu tun. Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ist für die Partei womöglich die größere Herausforderung als die Ergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Tabellen-Anhang (nicht in Disput)

Die Zusammensetzung der Wählerschaft

- a) Die strukturelle Lücke zwischen Bundestag und Landtagen
- b) Linke gewinnt und verliert (Wählerströme)
- c) Die soziale und politische Zusammensetzung – Selbstverortung – Schaubild Dortmund

a) Mobilisierungsgrad: „Klassencharakter“ eines Segments der Wahlenthaltung

Tabelle 1: "Mobilisierungsgrad" LINKE

	LTW 10-11/BTW 09		LTW 06/BTW 05	
	WählerInnen	LINKE	WählerInnen	LINKE
NRW	82,9%	55,2%		
ST	82,9%	62,5%	62,3%	56,4%
RLP	85,2%	29,3%	73,8%	33,9%
BaWü	91,3%	35,8%	67,7%	55,6%

h.kahrs 2011

b) Stammwähler – taktische Wähler – flüchtige Wähler

Die Wählerströme bei den jüngsten Wahlen nach Infratest dimap

Tabelle 2: Wiederwähler und Wechselwähler 2011

	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg	
	2011	2008	2011	2006	2011	2008	2011	2006
Wählerstimmen	45.000	50.000	235.000	214.000	56.000	44.000	139.000	121.000
Wiederwähler 2011	22.000	22.000	145.000	145.000	24.000	24.000	52.000	52.000
gewechselte Wähler	23.000	28.000	90.000	69.000	32.000	20.000	87.000	69.000
Wieder- und Wechselwähler in v.H.								
Wiederwähler 2011	48,9%	44,0%	61,7%	67,8%	42,9%	54,5%	37,4%	43,0%
gewechselte Wähler	51,1%	56,0%	38,3%	32,2%	57,1%	45,5%	62,6%	57,0%

Quelle: Infratest dimap; hkahrs 2011

Tabelle 3: Anteile des Wählerstamms Vorwahl/2011

	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg	
	2011	2008	2011	2006	2011	2006	2011	2006
CDU	78,1%	35,5%	63,4%	62,2%	61,8%	70,8%	61,9%	68,8%
SPD	52,0%	64,9%	49,8%	55,2%	71,1%	59,1%	46,8%	54,1%
Grüne	37,7%	39,2%	34,0%	56,3%	19,0%	67,9%	27,9%	72,7%
LINKE	48,9%	44,0%	61,7%	67,8%	42,9%	54,5%	37,4%	43,0%
FDP	22,7%	27,8%	42,1%	27,1%	49,4%	27,5%	44,7%	27,9%
Andere	23,7%	47,4%	14,3%	28,1%	33,9%	35,4%	31,5%	41,9%

Quelle: Infratest dimap ARD-Wahlberichterstattung; hkahrs 2011

Die Zusammenstellung in Tabelle 2 zeigt die Anteile des Wählerstamms bei den letzten Wahlen für die fünf parlamentarischen Parteien. In Hamburg wählten 35,5% der CDU-Wählerinnen und –Wähler von 2008 erneut die CDU – sie stellten aber jetzt 78,1% der aktuellen Wählerinnen und Wähler – diese Umkehrung erklärt sich durch die dramatischen Stimmenverluste der CDU.

Anhängerschaft der Parteien nach SOEP 2009-2010

Tabelle 4a: Veränderung in den Parteibindungen 2009-2010 (absolute Zahlen)

in 1000

		2010							Gesamt
		Unabhängig	SPD	CDU/CSU	FDP	B90/Die Grünen	Die Linke	Sonstige	
2009	Unabhängig	31.754	2.992	2.624	654	1.146	777	473	40.420
	SPD	1.532	6.668	117	46	320	176	95	8.954
	CDU/CSU	1.397	171	8.827	115	34	32	114	10.690
	FDP	566	47	356	906	71	14	83	2.043
	B90/Die Grünen	436	262	14	8	2.322	80	65	3.187
	Die Linke	242	94	9	0	25	1.418	48	1.836
	Sonstige	216	125	177	50	58	9	535	1.170
Gesamt		36.143	10.359	12.124	1.779	3.976	2.506	1.413	68.300

Lesebeispiel: Von den 68,3 Millionen Menschen in Deutschland über 17 Jahren unterstützten 2,322 Millionen sowohl im Jahr 2009 als auch 2010 B90/Die Grünen. Von den Menschen, die sich 2010 als Anhänger von B90/Die Grünen bezeichneten, hatten sich im Vorjahr 1,146 Millionen als Anhänger keiner Partei (unabhängig) bezeichnet. Die Zahl derjenigen, die sich als Anhänger der Linken bezeichneten, stieg von 1,836 Mio auf 2,506 Mio. Darunter waren 1,418 Mio, die sich bereits 2009 als LINKE-Anhänger bezeichnet hatten.

Quelle: SOEP; DIW Berlin 2011

Tabelle 4b: Veränderung in den Parteibindungen 2009-2010

Verbleib 2009 in 2010 in v. Hundert

		2010							Gesamt
		Unabhängig	SPD	CDU/CSU	FDP	B90/Die Grünen	Die Linke	Sonstige	
2009	Unabhängig	78,6%	7,4%	6,5%	1,6%	2,8%	1,9%	1,2%	100%
	SPD	17,1%	74,5%	1,3%	0,5%	3,6%	2,0%	1,1%	100%
	CDU/CSU	13,1%	1,6%	82,6%	1,1%	0,3%	0,3%	1,1%	100%
	FDP	27,7%	2,3%	17,4%	44,3%	3,5%	0,7%	4,1%	100%
	B90/Die Grünen	13,7%	8,2%	0,4%	0,3%	72,9%	2,5%	2,0%	100%
	Die Linke	13,2%	5,1%	0,5%	0,0%	1,4%	77,2%	2,6%	100%
	Sonstige	18,5%	10,7%	15,1%	4,3%	5,0%	0,8%	45,7%	100%
	Gesamt	52,9%	15,2%	17,8%	2,6%	5,8%	3,7%	2,1%	100%

Von denjenigen, die sich 2009 als "unabhängig" bezeichneten, taten dies auch 2010 noch 78,6%. Als Anhänger Der Linken bezeichneten sich nun 1,9%. Von den Anhängern der Linken 2009 waren dies auch 2010 77,2%. Zu den Unabhängigen waren 13,2% der Anhänger gewechselt.

Quelle: SOEP; DIW Berlin 2011

Wo blieben die WählerInnen der LINKEN, woher kamen sie

Tabelle 5: DIE LINKE - Verbleib der Wählerinnen und Wähler aus der Vorwahl (Abstrom)

	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
Andere Parteien	14.000	28,0%	28.000	13,1%	13.000	29,5%	66.000	54,5%
Nichtwähler	9.000	18,0%	10.000	4,7%	3.000	6,8%	3.000	2,5%
Verstorben/verzogen	5.000	10,0%	31.000	14,5%	4.000	9,1%	0	0%
Wiederwahl	22.000	44,0%	145.000	67,8%	24.000	54,5%	52.000	43,0%
Stimmen Vorwahl	50.000	100%	214.000	100%	44.000	100%	121.000	100%
Zusammensetzung des Abstroms								
Andere Parteien	14.000	50,0%	28.000	40,6%	13.000	65,0%	66.000	95,7%
Nichtwähler	9.000	32,1%	10.000	14,5%	3.000	15,0%	3.000	4,3%
Verstorben/verzogen	5.000	17,9%	31.000	44,9%	4.000	20,0%	0	0%
Abstrom gesamt	28.000	100%	69.000	100%	20.000	100%	69.000	100%

Quelle: Infratest dimap; hkahrs 2011

Tabelle 6: DIE LINKE - Verbleib der Wählerinnen und Wähler aus der Vorwahl: Abstrom zu anderen Parteien

Wechsel zu	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
CDU	1.000	3,6%	4.000	5,8%	1.000	5,0%	3.000	4,3%
SPD	9.000	32,1%	12.000	17,4%	3.000	15,0%	20.000	29,0%
Grüne	2.000	7,1%	4.000	5,8%	6.000	30,0%	38.000	55,1%
FDP	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	1.000	1,4%
Andere	2.000	7,1%	8.000	11,6%	3.000	15,0%	4.000	5,8%
Summe Parteien	14.000	50,0%	28.000	40,6%	13.000	65,0%	66.000	95,7%
Summe Abstrom	28.000	100%	69.000	100%	20.000	100%	69.000	100%
Verteilung auf die Parteien								
CDU	1.000	7,1%	4.000	14,3%	1.000	7,7%	3.000	4,5%
SPD	9.000	64,3%	12.000	42,9%	3.000	23,1%	20.000	30,3%
Grüne	2.000	14,3%	4.000	14,3%	6.000	46,2%	38.000	57,6%
FDP	0	0%	0	0%	0	0%	1.000	1,5%
Andere	2.000	14,3%	8.000	28,6%	3.000	23,1%	4.000	6,1%
Summe Parteien	14.000	100%	28.000	100%	13.000	100%	66.000	100%

Quelle: Infratest dimap; hkahrs 2011

Tabelle 7: DIE LINKE - Gewinn neuer Wählerinnen und Wähler (Zustrom)

Gewinne von ...	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
Andere Parteien	12.000	26,7%	37.000	15,7%	18.000	32,1%	39.000	27,7%
Nichtwähler	5.000	11,1%	40.000	17,0%	7.000	12,5%	28.000	19,9%
Erstwähler/zugezogen	6.000	13,3%	13.000	5,5%	7.000	12,5%	22.000	15,6%
Wiederwahl	22.000	48,9%	145.000	61,7%	24.000	42,9%	52.000	36,9%
Stimmen Vorwahl	45.000	100%	235.000	100%	56.000	100%	141.000	100%
Zusammensetzung des Zustroms								
Andere Parteien	12.000	52,2%	37.000	41,1%	18.000	56,3%	39.000	43,8%
Nichtwähler	5.000	21,7%	40.000	44,4%	7.000	21,9%	28.000	31,5%
Erstwähler/zugezogen	6.000	26,1%	13.000	14,4%	7.000	21,9%	22.000	24,7%
Zustrom gesamt	23.000	100%	90.000	100%	32.000	100%	89.000	100%

Quelle: Infratest dimap; hkahrs 2011

DIE LINKE kann von allen anderen Parteien Stimmen gewinnen. Die meisten Stimmen waren allerdings wie bisher frühere SPD-Stimmen. An zweiter Stelle folgen – mit Ausnahme Hamburg – Stimmen von der CDU, dann kommen die Grünen, die FDP und andere Parteien (Tabelle 8).

Tabelle 8: DIE LINKE – Stimmen-Zustrom von anderen Parteien

Wechsel von ...	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
CDU	3.000	13,0%	11.000	12,2%	3.000	9,4%	8.000	9,0%
SPD	5.000	21,7%	17.000	18,9%	11.000	34,4%	19.000	21,3%
Grüne	4.000	17,4%	2.000	2,2%	2.000	6,3%	5.000	5,6%
FDP	0	0%	3.000	3,3%	1.000	3,1%	4.000	4,5%
Andere	2.000	8,7%	4.000	4,4%	1.000	3,1%	3.000	3,4%
Summe Parteien	14.000	60,9%	37.000	41,1%	18.000	56,3%	39.000	43,8%
Summe Zustrom	23.000	100%	90.000	100%	32.000	100%	89.000	100%
Verteilung auf die Parteien								
CDU	3.000	21,4%	11.000	29,7%	3.000	16,7%	8.000	20,5%
SPD	5.000	35,7%	17.000	45,9%	11.000	61,1%	19.000	48,7%
Grüne	4.000	28,6%	2.000	5,4%	2.000	11,1%	5.000	12,8%
FDP	0	0%	3.000	8%	1.000	6%	4.000	10,3%
Andere	2.000	14,3%	4.000	10,8%	1.000	5,6%	3.000	7,7%
Summe Parteien	14.000	100%	37.000	100%	18.000	100%	39.000	100%

Quelle: Infratest dimap; hkahrs 2011

c) Gesellschaftliche Positionierung und politische Orientierung in der Dortmunder Wählerschaft BTW 2009

(Repräsentative Nachwahlbefragung, Ergebnis für stärkste Partei und LINKE)

		Politische Orientierung			
		Links	Mitte	Rechts	Summe
Gesellschaftliche Orientierung	Oben	40-50.000 Stimmen; SPD: 43%; LINKE: 11% (ca. 4.500 = 13% aller LINKE-Stimmen)	40-50.000 Stimmen; CDU 40%; LINKE 6% (ca. 2.500 = 7-8% aller LINKE-Stimmen)	15-20.000 Stimmen; CDU 48%; LINKE 3-4% (ca. 600 = knapp 2% aller LINKE-Stimmen)	110.000 Stimmen; LINKE ca. 7.500 bis 8.000 = 24% aller LINKE-Stimmen
	Mitte	40-50.000 Stimmen; SPD: 40%; LINKE: 21-22% (ca. 8.500 = 25% aller LINKE-Stimmen)	75.000 Stimmen; SPD: 37%; LINKE: 7-8% (ca. 5.500 = 17% aller LINKE-Stimmen)	15-20.000 Stimmen; CDU 30%; LINKE: knapp 10% (ca. 1.800 = 5-6% aller LINKE-Stimmen)	140.000 Stimmen; LINKE 15.500-16.000 = 48% aller LINKE-Stimmen
	Unten	15-20.000 Stimmen; LINKE: 34% (ca. 6.700 = 20% aller LINKE-Stimmen); (SPD: 31%)	15-20.000 Stimmen; SPD: 33%; LINKE: 12% (ca. 1.600 = 5% aller LINKE-Stimmen)	6.400 Stimmen; SPD: 26%; LINKE: knapp 10% (ca. 600 = 2% aller LINKE-Stimmen); Rechte Parteien: 14%	40.000 Stimmen; LINKE ca. 9.000 = 27% aller LINKE-Stimmen
		120.000 Stimmen; LINKE ca. 19.500-20.000 = 60% aller LINKE-Stimmen	110.000 Stimmen; LINKE ca. 9.500-10.000 = 30% aller LINKE-Stimmen	45.000 Stimmen; LINKE ca 3.000 = 9% aller LINKE-Stimmen	290.000 Stimmen; LINKE: 33.000